

*Robin Murray*

## Der Nationalstaat und die Internationalisierung des Kapitals

Die liberalen Modelle sowohl der internationalen Ökonomie als auch der internationalen Beziehungen im allgemeinen basieren auch heute noch vorwiegend auf einem früheren Utilitarismus. Der Nationalstaat wird als das Grundelement in der Welt dargestellt, sozusagen als das Atom des gesamten Systems. Es wird vorausgesetzt, daß Staaten rationale, selbstbewußte und selbstbestimmende Einheiten sind, Analogien zum homo oeconomicus. Internationale Beziehungen, ob nun politischer oder wirtschaftlicher Natur, seien vor allem Beziehungen zwischen diesen unabhängigen Staaten, von deren Verhalten man annimmt, daß es auf dem Prinzip der Maximierung ihres Nettonutzens unter Berücksichtigung interner und externer Zwänge beruht. Die Entwicklungen in der Struktur der ökonomischen Organisationen seit 1945, vor allem das rasche Anwachsen der internationalen Firmen, haben in Frage gestellt, daß internationale Beziehungen gleichbedeutend mit internationalen Beziehungen von Staaten sind. Internationale Institutionen, wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die größten der internationalen Konzerne selbst, sind entstanden, die eine größere Bedeutung erlangt haben als viele Nationalstaaten, ob nun entwickelt oder unterentwickelt. Raymond Vernon, der Leiter des »Forschungsprogramms über internationale Firmen« der Harvard Business School formuliert das folgendermaßen: »Die fortschrittliche Welt, begeistert auf der Woge einer technologischen Revolution im Bereich des Transport- und Kommunikationswesens reitend, hat ganz aus Versehen ein mächtiges System internationaler Institutionen und Beziehungen errichtet, das sich neben dem System der Nationalstaaten behauptet«<sup>1</sup>. Zu diesem Auftauchen der internationalen Institutionen kommt noch eine Schwächung der Nationalstaaten selbst. Kindleberger beispielsweise behauptet, daß

<sup>1</sup> R. Vernon, *Economic Sovereignty At Bay*. In: *Foreign Affairs*, Oktober 1968, S. 119–120.

es mit dem Nationalstaat als ökonomischer Einheit so gut wie zu Ende sei<sup>2</sup>.

### *Das Problem der territorialen Deckungsungleichheit*

Die rasche Expansion der internationalen Firmen nach dem Krieg hat daher das analytische Primat der Grundelemente des liberalen Modells für das internationale System in Frage gestellt und dadurch das Problem des Verhältnisses zwischen politischer und ökonomischer Organisation in den Vordergrund gerückt. Denn wie es scheint, besteht, wenigstens für bestimmte Länder, keine ein-eindeutige Beziehung mehr zwischen den Ländereinheiten. Ein Leitartikel in *Fortune* faßte diese Ansicht folgendermaßen zusammen: »Der springende Punkt ist der, daß die Ökonomie überall über die nationalen Grenzen hinauswächst und dabei neue Spannungen schafft zwischen dem Schema, nach dem die Welt politisch organisiert ist, und dem Schema, nach dem sie in zunehmendem Maße ökonomisch organisiert sein wird«<sup>3</sup>. Nun wird diese territoriale Deckungsungleichheit zwar überall festgestellt, doch gibt es kaum eine Analyse von, geschweige denn Übereinstimmung zwischen liberalen Autoren über die Folgen einer derartigen Deckungsungleichheit für die politische Organisation. Hierin zeigt sich im übrigen die allgemeinere Interesselosigkeit der angelsächsischen Wirtschaftstheorie an den strukturellen Beziehungen zwischen Privatkapital und öffentlicher Macht.

Im Gegensatz zum liberalen atomistischen Modell neigen marxistische Autoren eher dazu, die internationale Ökonomie nicht als Summe nationaler Volkswirtschaften zu betrachten, sondern als ein Gesamtsystem, innerhalb dessen die einzelnen Staaten untergeordnete Strukturen sind. So schreibt Trotzki beispielsweise, man solle die Weltwirtschaft nicht einfach als die Summe ihrer nationalen Einheiten sehen, sondern als mächtige, unabhängige Realität, geschaffen durch die internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt, der alle nationalen Märkte beherrscht<sup>4</sup>. Marx be-

<sup>2</sup> C. P. Kindleberger, *American Business Abroad*. Yale 1969, S. 207.

<sup>3</sup> *Fortune*, 15. August 1969, S. 73.

<sup>4</sup> Vgl. L. Trotzki, *Permanent Revolution*. Franz. Ausgabe, S. 10.

tonte, die kapitalistische Produktion sei unauflöslich mit dem Außenhandel<sup>5</sup> verbunden, und die kapitalistische Arbeitsteilung sei eine internationale. »Dank der Maschine kann der Spinner in England wohnen, während der Weber gleichzeitig in Ostindien lebt«<sup>6</sup>. Die internationale Arbeitsteilung stellt ein fortgeschrittenes Stadium der Vergesellschaftung der Produktion dar.

Innerhalb der Weltwirtschaft sind einige nationale Kapitale mächtiger als andere. Ihre territoriale Expansion ist Gegenstand der marxistischen Imperialismus-Theorien, doch ist es eine Expansion in wesentlich vorkapitalistische Gebiete. Die politischen Organisationen der imperialistischen Mächte dachten sich in diesem Fall parallel zu der territorialen Expansion ihrer wirtschaftlichen Organisationen aus: die eindeutige Beziehung wird auf Kosten der vorkapitalistischen Strukturen der imperialisierten Regionen erhalten.

Durch die Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg – koloniale Befreiung und die wechselseitige Durchdringung der fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten – erhob sich nunmehr die Frage der von uns so bezeichneten »territorialen Deckungsungleichheit«, die von liberalen Autoren zwar registriert, aber nicht beantwortet wurde. Die Frage ist nun, ob die kapitalistischen Nationalstaaten in einem zunehmend interdependenten internationalen Wirtschaftssystem auch weiterhin die Grundstrukturen innerhalb des internationalen Wirtschaftssystems bleiben, oder ob der territorial expandierte Rahmen der kapitalistischen Produktion eine gleichlaufende Expansion der Funktionen des Staates erfordert – entweder durch die de facto-Annexion schwächerer Staaten durch die stärkeren, oder durch eine Art supranationalen Staat.

<sup>5</sup> Diese Ansicht wird sehr gut vertreten von Tom Kemp in seinem Kapitel über Marx in *Theories of Imperialism*, London 1967. Es ist interessant, daß Marx in Band I des *Kapital* absichtlich die internationalen Aspekte des kapitalistischen Systems außer acht läßt: »Um den Gegenstand der Untersuchung in seiner Reinheit, frei von störenden Nebenumständen aufzufassen, müssen wir die gesamte Handelswelt als eine Nation ansehen und voraussetzen, daß die kapitalistische Produktion sich überall festgesetzt und sich aller Industriezweige bemächtigt hat.« (MEW, Band 23, Berlin 1963, S. 607)

<sup>6</sup> K. Marx, *Das Elend der Philosophie*. MEW, Band 4, Berlin 1972, S. 154.

Dies läßt natürlich die Kautsky-Lenin-Kontroverse über den Ultraimperialismus wiederaufleben. Kautsky erwähnt die Möglichkeit »daß die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setzte«<sup>7</sup>. In seiner Erwiderung argumentierte Lenin, die internationalen Zusammenschlüsse, die Kautsky beobachtete, seien nichts weiter als Waffenstillstandsabkommen zwischen den Kriegen. Diese Zusammenschlüsse gründeten sich auf die wirtschaftliche, finanzielle und militärische Macht der Parteien zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses, und da sich diese Macht bei den Staaten verschieden weiterentwickelt, müßten Zusammenschlüsse unweigerlich anachronistisch werden. Die notwendige Revalität zwischen den kapitalistischen Staaten werde bestehen bleiben<sup>8</sup>. Zweitens, während Lenin die »zunehmende internationale Verflechtung der Finanzkapitalcliquen«, die Kautsky als Basis für seine Vermutung betrachtete, für erwiesen hielt, nannte er jedoch die Rüstungsindustrie zur Untermauerung der These, daß die Rivalität der Staaten durch die Internationalisierung des Kapitals möglicherweise eher gesteigert als vermindert werde. »Das international verfilzte Kapital macht mit Rüstung und Kriegen ausgezeichnete Geschäfte«<sup>9</sup>.

Während wir Lenins scharfer Kritik zustimmen können, die Kautskys Standpunkt beschreibt als »fade Abstraktionen«, welche die internationalen Antagonismen so, wie sie damals bestanden, eher verschleiern als verdeutlichen, müssen wir jedoch beachten, daß Lenin die Folgen der Verflechtung der nationalen Kapitale für die Macht und Unabhängigkeit der Nationalstaaten nicht untersucht. Das marxistische Schrifttum des 20. Jahrhunderts über die Weltwirtschaft zeigt zweifellos die Tendenz, den Nationalstaaten eine Unabhängigkeit zuzuschreiben, die mit dem Ausmaß und der Macht ihres je-

<sup>7</sup> K. Kautsky, In: *Die Neue Zeit*, 30. April 1915, S. 144, zitiert in W. I. Lenin, *Der Zusammenbruch der II. Internationale*. Lenin Werke, Band 21, Berlin 1970, S. 217.

<sup>8</sup> W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. Lenin Werke, Band 22, Berlin 1966, S. 301.

<sup>9</sup> W. I. Lenin, *Der Zusammenbruch der II. Internationale*. S. 221.

weiligen nationalen Kapitals nicht identisch ist. Nationalstaaten werden zu Entitäten ohne Substanz<sup>10</sup>.

Dies spiegelt, wenigstens teilweise, die vorherrschend politische Rolle wider, die dem Staat in der marxistischen Literatur zugewiesen wird. Bis vor kurzem wurde vor allem die repressive Rolle des Staates im Kapitalismus betont; eine jüngere Arbeit von Miliband hat seine ideologische Funktion hervorgehoben<sup>11</sup>. Erstaunlich ist, wie wenig Aufmerksamkeit der ökonomischen Rolle des Staates im Kapitalismus gewidmet wurde, und gerade das scheint mir ein Kernpunkt jeder Diskussion über die Stärke des Nationalstaates in einer Ära der Verflechtung nationaler Kapitale zu sein, ein Thema, das in der Lenin-Kautsky-Debatte aufgeworfen wurde, aber ohne befriedigende Antwort blieb.

So möchte ich behaupten, daß die marxistische Theorie trotz ihrer Betonung der Trends zur Akkumulation und Zentralisation des Kapitals und trotz ihrer Diskussion der politischen Rolle des Staates diese beiden Aspekte der Analyse nicht miteinander in Zusammenhang gebracht hat, um das Problem der Substanz und Angemessenheit der Nationalstaaten in einer Zeit internationaler Zentralisation und Konzentration zu klären. Bis jetzt gibt es noch keinen befriedigenden Ansatz zur Untersuchung des Themas, das wir zuerst genannt haben, der territorialen Deckungsungleichheit. Daher sind ja auch jüngere marxistische Vermutungen über die politischen Implikationen der Internationalisierung des Kapitals ebenso unbestimmt, wenig fundiert und in einigen Fällen ebenso »fade abstrakt« wie diejenigen der liberalen Autoren.

Im folgenden versuche ich die Faktoren zu skizzieren, die mir für eine angemessene Behandlung des Themas wichtig erscheinen. Die Arbeit hat drei Hauptabschnitte:

- I) die strukturelle Rolle des Staates und Kapitalismus;
- II) das Verhältnis zwischen Staat und Kapital in der Periode kapitalistischer territorialer Expansion und
- III) dieses Verhältnis in der gegenwärtigen Weltwirtschaft.

<sup>10</sup> Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet Ernest Mandel, vor allem in seinen jüngeren Schriften.

<sup>11</sup> R. Miliband, *The State in Capitalist Society*. London 1969. Siehe auch die Besprechung von Milibands Buch durch N. Poulantzas in *New Left Review*, 58.

## 1. Die strukturelle Rolle des Staates als ökonomisches Instrument des Kapitalismus

In diesem Abschnitt möchte ich darlegen, daß der Staat in jedem kapitalistischen System eine objektive Struktur ist, daß man den Kapitalismus als System, im Gegensatz zu den liberalen Modellen, nicht analysieren kann, ohne die Rolle des Staates zu berücksichtigen, und daß der Staat, insbesondere im Prozeß der kapitalistischen Produktion und Reproduktion bestimmte ökonomische Funktionen erfüllt, die er immer erfüllen wird, wenn auch in unterschiedlichen Formen und in unterschiedlichem Ausmaß. Mit diesen wirtschaftlichen Funktionen wollen wir uns beschäftigen, denn angesichts der territorialen Expansion der einzelnen Kapitalien wird von zentraler Bedeutung sein, welche Institutionen diese strukturellen ökonomischen Funktionen für die expandierten Kapitale erfüllen werden. Wenn die Erfüllung bestimmter ökonomischer Funktionen durch eine staatliche Körperschaft eine unerläßliche Bedingung eines jeden kapitalistischen Systems ist, so ergibt sich aus der territorialen Expansion dieser Systeme die Notwendigkeit der Erfüllung von staatlichen ökonomischen Funktionen in dem expandierten Territorium.

Zwei Punkte sollten zunächst geklärt werden. Erstens, staatliche ökonomische Funktionen für ein bestimmtes Kapital oder eine zusammenhängende Gesamtheit von Kapitalien müssen nicht unbedingt von einer einzigen Behörde ausgeübt werden, obwohl es für gewöhnlich eine dominierende Behörde gibt. Zweitens, die Körperschaft oder Körperschaften, die diese Funktionen ausüben, sind nicht notwendig die Regierungsbehörden der Nationalstaaten. Denn wenn wir von ökonomischen Funktionen des »Staates« sprechen, meinen wir damit etwas, was man am zutreffendsten als »ökonomische *res publica*« bezeichnen könnte, diejenigen wirtschaftlichen Angelegenheiten, die öffentlich sind, das heißt, außerhalb der einzelnen privaten Kapitale wahrgenommen werden. Mit diesen öffentlichen ökonomischen Angelegenheiten können sich entweder private Kapitalgruppen, nationale Regierungen oder internationale öffentliche Körperschaften befassen.

Im Augenblick jedoch interessiert uns eher der Charakter

dieser öffentlichen Angelegenheiten als die Körperschaften, die sich damit befassen.

Ich unterscheide sechs ökonomische »*res publica*« oder staatliche Funktionen<sup>12</sup>:

1. *Gewährleistung der Eigentumsrechte*: Für Engels war das die erste Funktion des Staates. Diese Gewährleistung wird von den Exekutivorganen des Gesetzes unterstützt: von der Polizei und vom Militär. In den modernen kapitalistischen Staaten ist ein interessantes Anwendungsgebiet dieser Gewährleistung der Schutz der Unantastbarkeit selbst festgesetzter Fischereigrenzen. Oder es wurde, um ein anderes Beispiel zu nennen, in Großbritannien von der Privatwirtschaft die Forderung nach einer Ausweitung der Gewährleistung der »Unverletzlichkeit« privater Informationen in Gestalt von verschärften Sanktionen gegen Industriespionage erhoben.

2. *Ökonomische Liberalisierung*: Diese beinhaltet die Schaffung der Voraussetzungen für einen freien, auf Konkurrenz beruhenden Handel: *Abschaffung* der Restriktionen für die Bewegung von Waren, Geld oder Personen innerhalb des Territorialgebietes, sowie die *Standardisierung* der Währung, des Wirtschaftsrechts, der Maße, Gewichte, und so weiter. Dieser Prozeß kennzeichnet die frühen Stadien der Einrichtung eines expandierten, territorial abgegrenzten Systems und ist der Kern der neo-klassischen Definition der Wirtschaftsintegration als Fehlen oder progressive Abschaffung der Diskriminierungen. (Siehe z. B. Bela Balassa, *Theory of Economic Integration*. 1962.) Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist eines der deutlichsten Beispiele der

<sup>12</sup> Ich möchte hier nicht näher auf die Frage der »Überbestimmung« der ökonomischen Funktionen durch die politischen Funktionen eingehen, ein Argument, das von Poulantzas in *Pouvoir Politique et Classes Sociales* (Paris 1968) betont wird. Poulantzas sieht den Staat als Kohäsionsfaktor einer sozialen Formation und als Reproduktionsfaktor der Voraussetzungen für die Produktion eines Systems, wobei der Staat in seiner ökonomischen Rolle der Kohäsionsfaktor auf dieser besonderen Ebene der sozialen Formation ist. Die ökonomischen Funktionen des Staates sind gleichzeitig politische Funktionen, die den politischen Interessen der herrschenden Klasse entsprechen. (Siehe *Pouvoir Politique* . . ., vor allem S. 53-54.) Mir scheint es sinnvoll zu sein, die ökonomischen Funktionen des Staates in diesem Aufsatz in einem ersten Schritt zu untersuchen, für ein umfassenderes Verständnis seiner allgemeinen politischen Bedeutung.

Gegenwart für eine derartige Liberalisierung. Der zweifache Prozeß der Abschaffung von Restriktionen und der Standardisierung ist das Hauptcharakteristikum des Jahrzehnts, das auf das Inkrafttreten der Römischen Verträge folgte. Dieser Prozeß ist aber noch längst nicht abgeschlossen. Innerhalb der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder hat die ökonomische Liberalisierung vornehmlich »regressiven« Charakter und erscheint in der Form von Anti-Kartell-Gesetzgebung, von Maßnahmen gegen restriktive Praktiken – darunter Preisbindung der zweiten Hand –, sowie von Restriktionen für die Gewerkschaften und die Ausübung der Macht der Arbeiterschaft.

3. *Ökonomische Harmonisierung*: Diese Funktion schließt die Beeinflussung der Konjunkturzyklen und Wirtschaftsplanung ein. Die hier immer stärker in Erscheinung tretende Rolle der öffentlichen Körperschaften steht im Gegensatz zu ihrer in den Hintergrund tretenden Rolle bei der ökonomischen Liberalisierung, und diese aktivere Form der Intervention ist es, was die sozialdemokratische Auffassung über die ökonomische Integration von der neoklassischen unterscheidet. Erstere sieht die ökonomische Integration nicht einfach als Abschaffung von Diskriminierungen, sondern als die Verfolgung einer Wirtschaftspolitik, die auf eine produktive Harmonie zielt: »Integrieren heißt, auf einem bestimmten Gebiet die Vereinbarkeit der Pläne einer Gruppe von Entscheidungszentren, die gemeinsam ein einziges Wirtschaftssystem bilden, zu steigern«. (Maurice Byé, In: *Revue Economique*. 1958)<sup>13</sup>. Der Staat ist in diesem Falle eindeutig der Kohäsionsfaktor für eine ökonomische Formation, dabei eine zunehmend starke ideologische Rolle gegenüber dem Produktionssystem spielend. (Siehe den Britischen Nationalplan von 1965, dessen Propagandafunktion zu seinen wichtigsten Funktionen gezählt wird.)

4. *Bereitstellung von Vorleistungen*: Öffentliche Körperschaften haben für die kostengünstige Bereitstellung der wichtigsten Vorleistungen zu sorgen.

a) *Arbeitskräfte*: Die Staaten sind tätig zur Sicherung 1) der

<sup>13</sup> Ein brauchbarer Überblick über die Konzepte ökonomischer Integration ist in R. Erbes, *L'Integration Economique Internationale*. Paris 1966, zu finden.

Existenz eines Proletariats, entweder direkt oder indirekt (Beispiele sind die gesetzlich festgelegte Länge des Arbeitstages in England, die Stein-Hardenbergschen Reformen in Preußen Anfang des 19. Jahrhunderts und die Ergebnisse der französischen Kreditpolitik während der Kolonialzeit in Indochina); II) der Ausbildung des Proletariats, erkennbar sowohl am öffentlichen Bildungssystem als auch an allgemein üblichen industriellen Ausbildungsprogrammen; III) der Kontrolle der Löhne des Proletariats (Beispiele dafür finden wir schon in der gegenwärtigen Einkommenspolitik fortgeschrittener kapitalistischer Länder). Im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitskräftebereitstellung ist es besonders interessant, daß Schwedens sozialdemokratische Regierungen in ihrer Wirtschaftspolitik nach dem Krieg den Hauptakzent nicht auf Verstaatlichung gelegt haben (die es dort vermutlich weniger gibt als in anderen fortgeschrittenen westeuropäischen Ländern), sondern auf die Kontrolle der Arbeitskraft – ihres Umfangs, ihrer Qualität und ihrer Umstrukturierung<sup>14</sup>.

b) Grund und Boden: Die Bereitstellung von Grund und Boden hat sich als erforderlich erwiesen, nicht nur zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Warenproduktion (siehe die Rolle des Staates bei der englischen »enclosure movement« zur Umwandlung von Gemeindeland in Privateigentum), sondern auch für gemeinnützige Einrichtungen, vor allem im Transport- und Wohnungswesen (siehe das »Enteignungsrecht«, das im 19. Jahrhundert in den Vereinigten Staaten den Privatunternehmen übertragen wurde, wodurch diejenigen Firmen, die öffentliche Einrichtungen erstellten, berech-

<sup>14</sup> Vgl. A. Shonfield, *Geplanter Kapitalismus*. Köln 1968, S. 236 bis 237.

Im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Arbeitskräften schreibt M. Dobb in *Entwicklung des Kapitalismus* (Köln 1970, S. 34): »Es scheint zumindest prima facie erwiesen zu sein, daß Perioden, in denen die Staatspolitik einer Klassengesellschaft dazu übergeht, die Wirtschaft zu regulieren, mit Perioden tatsächlichen oder befürchteten Arbeitskräftemangels zusammentreffen, und Perioden, in denen die staatliche Politik vom Geist eines ökonomischen Liberalismus erfüllt ist, mit Perioden, in denen ein Überangebot an Arbeitskräften besteht.« Dobb spricht von Regelungen und Kontrollen des Staates in Friedenszeiten, um Preise, Produktion, Eindringen in einen Wirtschaftszweig oder Änderungen in der Beschäftigung zu beeinflussen.

tigt waren, Grund und Boden, den sie für ihre Projekte brauchten, zwangsweise zu enteignen)<sup>15</sup>.

c) Kapital: Die Regierungen sind tätig zur Sicherung eines funktionierenden Finanz- und Kapitalmarktes für ihre Industrie, I) durch die Einrichtung und Unterstützung eines nationalen Banksystems und eines privaten Geldmarktes, wie in der Nachkriegsgeschichte bestimmter Länder des britischen Commonwealth und in der Geschichte des französischen Bankwesens deutlich wird; II) durch die Einrichtung von Finanzierungs-Fonds für bestimmte Industrieprojekte; III) durch die Gewährung von Krediten und Subventionen, darunter Steuererleichterungen, Investitionszuschüsse, Sonderzinssätze etc. Für Frankreich wurde zum Beispiel Anfang der sechziger Jahre geschätzt, daß 80% der gewerblichen Kreditnehmer ihre Darlehen zu Zinssätzen bekamen, die unter dem Marktsatz lagen<sup>16</sup>, und eine Rechnung für Großbritannien läßt erkennen, daß etwa die Hälfte der gesamten privaten Anlagekapitalbildung von der Regierung finanziert wird.

d) Technologie: Die Rolle der fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten bei der Entwicklung der Technologie ist ausführlich dokumentiert worden: Man schätzt, daß das US-Verteidigungsministerium über die Hälfte aller Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in den Vereinigten Staaten finanziert, darunter bis zu 90% im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie und ungefähr 85% in der Elektronikindustrie. Regierungen sind auch aktive Importeure von ausländischer Technologie. Die französische Regierung führte zum Beispiel im 17. Jahrhundert durch den Import von Maschinen und Facharbeitern neue industrielle Fertigungsmethoden aus dem Ausland ein; die Japaner machten es ebenso im Anfangsstadium ihrer industriellen Revolution.

Die entscheidende Rolle des Staates bei der Entwicklung neuer Technologien beruht auf vier Faktoren: I) Technologische Forschung und Entwicklung ist mit hohem Risiko verbunden; II) sie ist abhängig von Großproduktion; III) sie ist eng mit akademischen Institutionen verbunden, die öffentliche Einrichtungen sind und vom Staat finanziert werden;

<sup>15</sup> A. Shonfield, a.a.O., S. 362.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 99.

IV) die Technologie ist schon immer eng mit dem Militär verbunden gewesen, das seinerseits fast immer vom Staat kontrolliert und finanziert wird. In der Tat wird wohl kaum eine neue militärische Technologie zu finden sein, deren Entwicklung nicht in beträchtlichem Ausmaß vom Staat finanziert wurde<sup>17</sup>.

e) Wirtschaftliche Infrastruktur, vor allem Energie und Kommunikation: Diese Sektoren unterscheiden sich von anderen nicht nur dadurch, daß es sich hier um »natürliche Monopole« handelt, sondern auch dadurch, daß es sich hier um Vorleistungen für fast jede Produktion handelt. Dementsprechend gibt es ein besonders eindeutiges Interesse an billiger, zuverlässiger Versorgung mit diesen Leistungen.

Im Italien des Risorgimento waren die ersten Jahre des neuen Staates gekennzeichnet von einem hektischen Boom des Eisenbahnbaus durch die Regierung. Obgleich das neue System im Jahre 1865 an privates Kapital verkauft wurde, sah sich die Regierung auf Grund dessen finanzieller Unbeständigkeit veranlaßt, sich wieder einzuschalten, bis sie 1905 wieder fast das gesamte System kontrollierte. Auch in Deutschland wurden die Eisenbahnen nach 1871 in zunehmendem Maße zu einem staatlichen System, mit bemerkenswert niedrigen Tarifen, während es in Japan der Staat war, der in dem Jahrzehnt nach 1868 Eisenbahnen und Telegrafensysteme baute und unterhielt, Kohlenbergwerke erschloß und landwirtschaftliche Versuchsstationen einrichtete. Die öffentliche Kontrolle dieser Einrichtungen im heutigen Westeuropa und das System ihrer Regelung in den Vereinigten Staaten sind wohlbekannt. Worauf es dabei natürlich ankommt, sind kontrollierte Tarife für die Industrie – Tarife, die gerade ihre ideologische Grundlage in Gestalt der Grenzkosten-Preistheorie erhalten<sup>18</sup>.

f) Industriell erzeugte allgemeine Vorleistungen: Darunter fallen diejenigen industriell erzeugten Produkte, die in ho-

<sup>17</sup> Das Verhältnis des Staates zur Entwicklung der Technologie im modernen Kapitalismus wird ausführlich behandelt in einem Buch von Sergio Batio und John Rickliffs.

<sup>18</sup> Eine kurze Abhandlung über italienische und deutsche Erfahrungen ist zu finden in Tom Kemp, *Industrialization in Nineteenth Century Europe*. London 1969. Wie die IRI die Preise in Italien niedrig hält, siehe Shonfield, a.a.O., S. 219.

hem Maße Vorleistungen für die Wirtschaft im allgemeinen oder für eine Schlüsselindustrie darstellen. Sie haben jedoch einen geringeren Allgemeinheitscharakter als die oben erwähnten Einrichtungen und werden vom Staat weniger direkt kontrolliert, obgleich sie oft staatlichen Regelungen unterliegen. Stahl ist eines der wichtigsten Beispiele. In Großbritannien und Österreich befindet sich die Stahlindustrie in öffentlicher Hand, in Italien zum größten Teil. Österreich hat eine Anzahl von elektrotechnischen und Ingenieurfirmen verstaatlicht. In Italien spielt IRI eine wichtige, obwohl Minoritätsrolle in der Zementindustrie. Die japanische Regierung hat im gleichen Zeitraum, in dem sie für öffentliche Einrichtungen sorgte, auch Eisengießereien, Schiffswerften, Werkzeugfabriken und Modellbetriebe zur Herstellung von Zement, Papier und Glas eingerichtet.

5. *Intervention für sozialen Konsens*: Hier ist es die Funktion des Staates, die offenkundig zerstörerischen Auswirkungen der Ausbeutung der Nichtkapitalisten-Klassen abzuschwächen. Darunter fallen:

a) Verhinderung von Fehlentwicklungen, wie die Umweltverschmutzung, die Zersiedelung der Städte und Landschaften und regionale Disparitäten;

b) Regelung der Arbeitsbedingungen, darunter die Durchsetzung von Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz, Begrenzung der Arbeitsstunden, sowie gewisse Maßnahmen im Lohnbereich, zum Beispiel die Festsetzung von Mindestlöhnen oder die Durchsetzung gleicher Entlohnung für Frauen;

c) Regelung der Verkaufsbedingungen, wie das Verbraucherschutzsystem in Schweden, Warengesetze oder die Verstaatlichung der Pubs in Carlisle durch Lloyd George, zur Kontrolle des Alkoholkonsums der Munitionsarbeiter in Grenna;

d) bestimmte Aspekte der Sozialversicherung, vor allem Arbeitslosenunterstützung;

e) ideologische Funktionen gegenüber dem Produktionssystem, die nicht nur von den mehr allgemeinen Kulturinstitutionen wie etwa vom Bildungssystem und von den Kommunikationsmedien, sondern von spezifischen Institutionen wie z. B. der britischen »Preis- und Einkommensbehörde« wahrgenommen werden.

6. *Regelung der Außenbeziehungen eines kapitalistischen Systems*: Kein kapitalistisches System ist geschlossen. Die Organisation der Beziehungen dieses Systems zu ausländischen Systemen, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Inlandterritoriums dieses Systems, ist in allen Phasen der kapitalistischen Entwicklung eine Hauptfunktion des Staates gewesen. Ein Teil dieser Funktion ist aggressiv: Die Unterstützung der inländischen Kapitalisten bei ihrer Expansion in ausländische Wirtschafts- und Territorialräume hinein. Dazu gehört die Überwindung von Grenzen mit monopolistischen Funktionen, die seine Kapitalisten diskriminieren, wie Zollschranken, Devisenkontrollen, diskriminierende Besteuerung, benachteiligende Einkaufspolitik der ausländischen Monopolisten oder Staaten. Es schließt die Unterstützung der inländischen Kapitalisten auf ausländischen Konkurrenzmärkten und den Versuch, die ausländische Diskriminierung nicht nur abzuschwächen, sondern im Ausland Monopolstellungen für eigene Kapitalisten zu erringen, ein.

Der zweite Teil dieser Funktion ist defensiv und besteht in der Verteidigung quasi-monopolistischer Stellungen, die von inländischen Kapitalisten gegenüber ausländischem Kapital errichtet wurden. Dazu gehört die Aufrechterhaltung der Diskriminierung ausländischen Kapitals durch Zölle, Devisenkontrollen und Einkaufsbindungen an das eigene Kapital; die Aufrechterhaltung von Handels- und Währungszonen mit Präferenzen für das eigene Kapital; die Beschränkung des Warentransports vom und ins Ausland auf landeseigene Schiffe oder Fluglinien; und die Aufrechterhaltung der Eigentumsrechte von Staatsbürgern im Ausland.

Die zur Durchführung dieser Funktionen verwendeten Instrumente sind:

I) Militärische Macht, defensiv gegen ausländische Macht, oder offensiv als Strafexpedition oder mit dem Ziel einer dauernden Annexion: Defensiv wurden Streitkräfte gewöhnlich bei einer Bedrohung der Eigentumsrechte eingesetzt, nicht nur auf dem eigenen Territorium, sondern auch, um eine Verstaatlichung von Eigentum im Ausland zu verhindern. Die Fischerei als weniger bekanntes Gebiet, auf dem ein Militäreinsatz üblich ist, haben wir bereits genannt. Es ist interessant, daß die britische Regierung nicht nur die Fische-

reigrenzen schützt, sondern im isländischen Fischereistreit Kanonenboote zur Unterstützung der britischen Trawler einsetzt, um in diesem Fall etwas zu sichern, was als Gemeineigentum betrachtet wird.

II) Hilfe oder staatliche Unterstützung im Ausland, die in zweierlei Gestalten angewendet wird. Erstens unterstützt sie inländische Unternehmen im Kampf gegen ausländische Konkurrenz durch Senkung der Kosten (entweder durch direkte Subventionierung wie etwa im Fall der französischen Feinleinenexporte im 18. Jahrhundert, oder durch Exportkredite und Sicherheiten für Auslandsinvestitionen, wie die der FCIA, der Export-Import Bank und der AID in den Vereinigten Staaten) und/oder durch Marktbindung (an US-Exporte gebundene AID-Finanzierungen bilden heute 85–90% der gesamten AID-Finanzierung, während insgesamt 4% aller US-Exporte heute durch direkte Kredite der US-Regierung an den Käufer finanziert werden). Zweitens wirkt die Drohung, eine bereits laufende Unterstützung zu entziehen oder neue Unterstützungen zu verweigern zum Schutz der Eigentumsrechte inländischer Firmen im Ausland und außerdem als Anreiz für das Empfängerland zur Entschärfung der Diskriminierungen gegen das Kapital des Unterstützungsgebers. Die Wirkung der Hickenlooper-Klausel auf die Empfänger amerikanischer Unterstützungen liegt ebenso sehr in der Drohung wie in der Ausführung<sup>19</sup>.

III) Wirtschaftliche Sanktionen in Gestalt von Handelsboykotten (Südafrika, Rhodesien, Guinea, der Mittlere Osten, Kuba, Nordvietnam, China), Kontingentierungen und Zollveränderungen.

IV) Finanzielle Sanktionen in Gestalt des Blockierens von Guthaben (die Nachkriegsgeschichte der amerikanischen Filmindustrie in Großbritannien ist ein interessantes Beispiel. Nach der Auferlegung eines 75%igen Zolles durch das Vereinigte Königreich und einem darauffolgenden acht Monate währenden Boykott Großbritanniens durch die amerikanische Filmindustrie, wurde ein Übereinkommen erzielt, daß nicht mehr als 17 Millionen Dollar der Einspielergebnisse

<sup>19</sup> Ich habe die Funktion der Entwicklungshilfe als Ausdehnung der staatlichen Funktionen für privates Kapital ins Ausland in *Aid and the International Firm*, in: *May Day Manifesto Bulletin*, November 1969, diskutiert.

amerikanischer Filme im Vereinigten Königreich repatriiert werden durften; diese Kontrollen galten bis 1961) oder die Festsetzung von Quoten beim Devisenumtausch.

V) Regierungskontrollen auf inländischem Territorium, zum Beispiel die Reservierung bestimmter Sektoren für die inländische Industrie, die Verhinderung der Übernahme bestimmter Firmen, diskriminierende Kaufpolitik, und so weiter<sup>20</sup>. Außer der Intervention zugunsten des inländischen Kapitals gegenüber der ausländischen Konkurrenz, sei diese Intervention nun offensiver oder defensiver Natur, übt der Staat eine zweite Funktion aus, nämlich die der Koordination oder Beeinflussung der inländisch/ausländischen Wirtschaftsbeziehungen durch Überwachung der Zahlungsbilanz. Die Widersprüche, die zwischen diesen beiden Funktionen in dominierten Staaten herrschen, werden wir im dritten Teil dieses Aufsatzes zu besprechen haben.

Diese sechs Funktionen scheinen mir die Hauptfunktionen eines kapitalistischen Staates zu sein: die Gewährleistung von Eigentumsrechten, die ökonomische Liberalisierung, die ökonomische Harmonisierung, die Bereitstellung von Vorleistungen, die Interventionen für einen sozialen Konsens und die Regelung der Außenbeziehungen eines kapitalistischen Systems. Daraus ergeben sich außerdem fünf weitere Funktionen:

I) Die Rolle des Staates zur Sicherung der Nachfrage durch Massenkäufe bei der Privatwirtschaft aufgrund von langfristigen Verträgen. Privatkapital ist hier als Quasi-Agent für den Staat tätig, und diese Eigenschaft wird z. B. deutlich in den Managementverträgen von Firmen wie Booker Brothers und ENI mit den Regierungen unterentwickelter Länder;

II) Der Staat als Steuerbehörde, eine Funktion, deren Bedeutung besonders augenscheinlich ist in der Entwicklung kapitalistischer Volkswirtschaften;

III) Der Staat als Förderer und Beschützer bestimmter Monopole *innerhalb* eines kapitalistischen Systems;

IV) Der Staat als »Erste-Hilfe-Leistender« für kränkelnde Wirtschaftssektoren und Firmen. Die Beziehung des italieni-

<sup>20</sup> Die Mechanismen des Neokolonialismus werden an zahlreichen Stellen näher behandelt, siehe zum Beispiel *May Day Manifesto*, London 1968.

schen Staates zu seinen Eisenbahnen im 19. Jahrhundert haben wir bereits oben erwähnt. Die Rettung von vier Großbanken durch die Weimarer Republik im Jahre 1931 und ihre Rückkehr in Privathand im Jahre 1937, als hohe Profite gesichert waren, ist ein weiteres Beispiel;

V) Der Staat als Abnehmer von Überschuß, ein Punkt, der von Baran und Sweezy in *Monopolkapital* unterstrichen wird.

Ich habe die vorstehenden Punkte nicht zu den Hauptfunktionen gezählt, da sie sich aus den dort aufgeführten ableiten lassen. So ist es zum Beispiel im Fall der »Ersten Hilfe« deutlich, daß derartige Unterstützungen hauptsächlich jenen Sektoren zugute kommen, die allgemeine Vorleistungen produzieren, oder jenen Sektoren, die für die Auslandsbeziehungen wichtig sind, ob nun im Bereich der Exporte, der Auslandsgewinne oder der militärischen Macht. Wenn wir die Industrien betrachten, die in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern verstaatlicht wurden – eine Lösung, die fast immer vom Äußersten an »Erster Hilfe« begleitet ist, nämlich hübschen Entschädigungen –, dann stellen wir fest, daß diese am häufigsten in den Sektoren vorkommen, die elementare Vorleistungen produzieren. Ein paar gibt es auch auf dem Exportsektor (Irland besitzt eine Anzahl staatlicher Betriebe dieser Kategorie) und so gut wie gar keine in dem Sektor, der Güter für den Endverbrauch produziert (die staatlichen Beteiligungen an Renault und Volkswagen sind Ausnahmen, die aus besonderen Umständen herrühren). »Erste Hilfe« in Gestalt von Subventionen, Umstrukturierung und Kreditgewährung an bestimmte Firmen folgt demselben Schema. Ich habe sie deswegen als sekundäre Funktion behandelt, da sie sich aus der Bereitstellung von elementaren Vorleistungen und der Regelung von Auslandsbeziehungen ableitet. Ich möchte behaupten, daß die anderen Funktionen in ähnlicher Weise sekundär sind.

### *Bestimmungsgründe für Veränderungen*

Das Entscheidende der Primärfunktionen ist, daß sie in der einen oder anderen Form in allen Phasen der kapitalistischen Entwicklung zu finden sind, obwohl das Ausmaß, in dem sie von öffentlichen Körperschaften wahrgenommen werden,

genauso variiert wie der Typ der öffentlichen Körperschaften, die sie wahrnehmen. Unter den Faktoren, die derartige Veränderungen verursachen, können wir fünf unterscheiden:

I) Das Ausmaß der internationalen Konkurrenz oder, um es deutlicher zu sagen, der kritischen Rivalität: Sie ist sicherlich am stärksten in Kriegszeiten und in den Übergangsstadien vor und nach Kriegen. Diese Phasen sind durch verstärkte staatliche Aktivität im Bereich aller Funktionen gekennzeichnet. Aber, wie List betonte, begegnen auch die in der Entwicklung befindlichen Industriezweige in den Anfangsstadien der Industrialisierung einer kritischen Konkurrenz von außen. Japan, Deutschland und Italien sind Beispiele für das Prinzip zahlreicher Regierungsdirektiven in den Anfängen ihrer nationalen politischen Ökonomien. Heute fällt auf, daß die Rückkehr zur Konvertierbarkeit der Währungen der westlichen Ökonomien im Jahre 1958 eine lebhaftere staatliche Aktivität nach sich zog<sup>21</sup>.

II) Das Stadium der kapitalistischen Entwicklung: Die Ausdehnung der Arbeitsteilung innerhalb eines Systems und die Zunahme der gegenseitigen Abhängigkeit steigern die Anfälligkeit des Systems bei einem Zusammenbruch bestimmter Teile des Systems.

III) Die Stärke der Arbeiterbewegung: Eine starke Bewegung wird Zugeständnisse in Gestalt erhöhter öffentlicher Aktivität auf dem Gebiet der Maßnahmen, die auf den sozialen Konsens zielen, einhandeln. Weiterhin kann eine starke Arbeiterbewegung durch Steigerung der Kosten der Arbeits-

<sup>21</sup> Dieser letzte Punkt wird von M. Kidron, *Rüstung und wirtschaftliches Wachstum*, Frankfurt 1971, betont. Zum allgemeinen Problem argumentierte List in den vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts, daß Großbritanniens Eintreten für das *laissez faire* und die Relegation der ökonomischen Rolle des Staates selbst nur den Gebrauch des Staates zur Unterstützung der bereits gut etablierten britischen Privatinteressen bedeutete. Joan Robinson erläuterte diesen Punkt kurz in ihrer Antrittsvorlesung: »Es scheint schließlich doch so, daß die Freihandelsdoktrin nichts weiter ist als eine subtilere Form des Merkantilismus. Nur diejenigen glauben an sie, die daraus Vorteile ziehen.« *The New Mercantilism*, Cambridge 1966.

kraft a) die Position des Kapitals gegenüber der Konkurrenz ausländischen Kapitals schwächen, b) die Profitrate in Sektoren, die allgemeine Vorleistungen produzieren, auf einen kritischen Stand senken.

IV) Die traditionelle Ideologie im Hinblick auf die Rolle der Regierung.

V) Der Grad der Zentralisation des Kapitals innerhalb der nationalen Ökonomie.

Dieser letzte Punkt ist wichtig, denn es ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Funktionen, die wir als staatliche bezeichnen, nicht in jedem Fall von der Regierung oder von staatlichen Behörden ausgeführt werden. Sie können von den Privatfirmen selbst übernommen werden. Denn diese Funktionen entstehen aus dem, was man als äußere Ökonomien bezeichnen kann, ob nun mikroökonomisch, wie im Fall der Fischkonservierung oder der Beschaffung von spezialisierten Arbeitskräften, d. h., in Fällen, wo sie extern für die Firma, intern jedoch für den Industriezweig sind; oder makroökonomisch, wie im Fall von Wirtschaftszweigen, die extern für Firma und Industrie, für das Produktionssystem jedoch intern sind, wie etwa die Beschaffung von elementaren Vorleistungen und die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für freien Handel; oder ob sie schließlich extern für Firma, Industrie und Produktionssystem, für die Gesellschaft jedoch intern sind.

Die Tatsache, daß solche externen Ökonomien existieren, bedeutet nicht, daß einzelne Firmen diese Funktion nicht selbst übernehmen. Viele Firmen haben ihre eigene Polizei; die Ostindienkompanie hatte ihre eigene Armee; US-Konzerne sind gegenwärtig damit beschäftigt, die durch sie entstehende Luftverschmutzung zu vermindern, weil sie um ihr Image als Folge solcher für sie externen Schäden fürchten. Firmen bauen ihre eigenen Straßen, Eisenbahnen, Kraftwerke; sie haben ihre eigenen Ausbildungs- und Sozialprogramme. Der springende Punkt ist jedoch, daß dies alles Aktivitäten sind, die relativ kostspielig sind, wenn die Firma sie auf eigene Faust unternimmt. Wo es unteilbare Größen gibt, wie etwa bei den Basiseinrichtungen, ist es eindeutig weniger kostspielig, die festen Kosten auf viele Firmen zu verteilen. Wo

es für eine Firma schwierig ist, den Ertrag aus ihrer Investition zu privatisieren, wie etwa im Fall der Arbeitskräfteausbildung und bei einigen Forschungsprogrammen, wird es die Firma eindeutig vorziehen, die Investition mit denjenigen zu teilen, die daraus Nutzen ziehen. Wo ein großes Risiko besteht, wird die Firma eindeutig eine große Körperschaft vorziehen, für die das Risiko der Projektfinanzierung weniger schwer wiegt. Auch organisiert privates Kapital nur äußerst ungern bewaffnete Streitkräfte und Polizei.

In unterentwickelten Ländern, in denen eine Firma oder eine kleine Gruppe von Firmen die Ökonomie *sind*, werden diese Funktionen häufig von den Firmen selbst übernommen, obwohl sie immer wieder versuchen werden, von anderen, die aus ihren Investitionen Nutzen ziehen, Zuzahlungen zu erhalten. In den Ökonomien der entwickelten Länder bedeutet schon der Umfang der großen Firmen, daß einige der externen Ökonomien intern werden und daß die Firmen zum großen Teil Selbstversorger sind, vor allem auf dem Gebiet der Kommunikation. Der Britische Stahlkonzern etwa besitzt die größte private Luftflotte von Großbritannien. Fords Europe besitzt das ausgedehnteste interne Telefonsystem Europas. AT & T besitzt ein internes Kommunikationssystem, das dieser Firma einen entscheidenden Konkurrenzvorteil gewährt. Obwohl die staatlichen Funktionen, die wir diskutiert haben, naturbedingt latent öffentlich sind, wird das Ausmaß, in dem sie von den staatlichen Behörden wahrgenommen werden, nicht konstant sein.

Dieser Abschnitt beschäftigte sich mit der Rolle des Staates im Kapitalismus als einer ökonomischen Dimension. Der nächste Abschnitt wird das Verhältnis zwischen Staat und Kapital im territorialen Raum behandeln.

## **2. Staat und Kapital im territorialen Raum**

Die Vergesellschaftung der Produktion im Kapitalismus und die zunehmende Arbeitsteilung und gegenseitige Abhängigkeit der Kapitale haben nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine territoriale Dimension. Mandel formuliert dies folgendermaßen: »An die Stelle der Zersplitterung der patriarchalischen Gesellschaft, der Sklavengesellschaft, der Feudal-

gesellschaft in Tausende kleiner, voneinander unabhängiger Produktions- und Konsumtionszellen, zwischen denen nur ganz rudimentäre Bande (namentlich Tauschbeziehungen) bestanden, treten allumfassende menschliche Beziehungen<sup>22</sup>. Kapitalistische Systeme entwickelten sich in territorial identifizierbaren Gebieten, oft in Gebieten, die schon von vorkapitalistischen Staaten identifizierbar gemacht worden waren. Während der nationalen Phase des Kapitalismus waren die Basis der privaten Kapitale und die Basis des Staates, der die oben beschriebenen staatlichen Funktionen erfüllte, deckungsgleich und weitgehend nach außen abgegrenzt. Dann dehnten sich sowohl Kapitale als auch Staaten über ihre eigenen Grenzen hinaus.

Wir haben bereits festgestellt, daß kapitalistische Systeme von Anfang an eine internationale Dimension besitzen. Der größte Teil ihrer Tätigkeit jedoch spielte sich im selben geographischen Raum ab.

Dehnt sich ein Kapital über seine nationalen Grenzen hinaus, bleiben die traditionellen Verbindungen mit seinem Inlandsstaat nicht notwendig bestehen. Ein auf diese Weise expandiertes Kapital fordert auch in seinem erweiterten Wirkungsbereich die Erfüllung der wichtigsten staatlichen Funktionen. Die Körperschaft aber, die diese Funktionen erfüllt, muß nicht unbedingt dieselbe sein wie diejenige, die sie in dem Gebiet erfüllt, in dem das Kapital seine erste Entwicklung nahm. Der Inlandsstaat *kann* die staatlichen Funktionen für sein nationales Kapital auch im Ausland übernehmen. Eine nationale staatliche Körperschaft ist in ihrer Aktivität nicht territorial begrenzt – auch dann nicht, wenn sie mit einem nach außen abgeschlossenen Gebiet territorial identifiziert werden kann. Die geographische Deckungsgleichheit der ökonomischen Bereiche eines expandierten Kapitals mit seinem Inlandsstaat muß erst empirisch geprüft und kann nicht vorausgesetzt werden.

Wir können fünf Ausführungsorgane für die staatlichen Funktionen zugunsten der Auslandsaktivität eines expandierten Kapitals unterscheiden:

<sup>22</sup> E. Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*. Frankfurt/M. 1968, S. 182.

I) Wie schon erwähnt, kann der Inlandsstaat diese Funktionen direkt erfüllen, was bei den meisten Funktionen die Ausdehnung der Grenzen des Staates durch Annexion bedeutet: Da dies eine Erweiterung der durch den Staat zu schützenden Gebiete, beträchtliche Ausgaben und gewöhnlich, zurückhaltend gesagt, ein Problem für die Sicherung des sozialen Konsens auf dem fremden Territorium bedeutet, gilt die geographische Expansion des Inlandsstaates aus der Sicht des Kapitalisten als eine weniger zu bevorzugende Methode für die Erfüllung der staatlichen Funktionen im Ausland. Sie wird lediglich gefördert, wenn Alternativsysteme aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen nicht anwendbar sind.

II) Wahrnehmung der Funktionen durch ausländische staatliche Strukturen: Vereinbarungen darüber können entweder vom Kapital selbst oder vom Inlandsstaat durchgesetzt werden, durch Überzeugung, durch Druck oder durch Intrigen. Der ausländische Staat wird im wesentlichen zum makropolitischen Agenten. Eine Vereinbarung ist noch die Grundlage für jedes Konzept von wirtschaftlichem Neokolonialismus, obwohl die Existenz und das Ausmaß des Neokolonialismus vom Umfang der Konzessionen abhängt, die dem ausländischen Staat gemacht werden, um ihn zur Übernahme der in Frage stehenden Funktionen zu bewegen.

Die Gewährleistung der Eigentumsrechte der expandierten Firma sowie die Verhinderung größerer Diskriminierungen durch den ausländischen Staat gegenüber dieser Firma werden unterstützt durch negative Sanktionen, wie sie oben im Abschnitt über die Regelung der Außenbeziehungen beschrieben wurden. Andererseits wird die Bereitstellung von grundlegenden Vorleistungen wie auch die Errichtung von organisatorischen Strukturen für die normalen Aktivitäten eines kapitalistischen Staates (Polizei, Massenmedien, Steuerbehörden, Behörden für Wirtschaftspolitik und -planung) häufig direkt finanziert. In unterentwickelten Ländern können wirtschaftliche Dienstleistungen für ein bestimmtes Gebiet von den staatlichen Behörden und den privaten Vertragspartnern des Inlandsstaates auch finanziert, geplant und technisch überwacht werden, *nachdem* von den Kapitalisten im Ausland eine ausbeutbare Quelle entdeckt worden ist.

Zum Beispiel haben ausländische Firmen im extraktiven Sektor in Afrika die Finanzierung für die notwendige Infrastruktur fast ausnahmslos von ihren Inlandsregierungen oder internationalen Institutionen erhalten, unabhängig davon, daß die Finanzierung über die Regierung des Gastlandes läuft<sup>28</sup>. Die Errichtung von organisatorischen Strukturen kann wiederum mit Hilfe von Staatsangehörigen des Inlandsstaates erfolgen, die unmittelbar die Funktion wahrnehmen oder für die Ausbildung von Angehörigen des Gastlandes sorgen, was sowohl in Institutionen des Heimat- wie des Gastlandes geschehen kann. Eine der ersten Aktionen der Amerikaner in Vietnam nach 1954 war die Entsendung einer Gruppe der Michigan State University nach Vietnam, die als Berater Präsident Diems Bruder Nhu bei der Organisation der Polizei tätig war. Bis 1956 waren 600 Polizisten und 12 000 Angehörige der Zivilgarde oder Miliz ausgebildet und Vorbereitungen getroffen, um die Fingerabdrücke der gesamten Bevölkerung Südvietnams registrieren zu können. Dies würde, genau wie die Finanzierung anderer organisatorischer Strukturen, in die Rubrik »Technische Hilfe« fallen, obwohl technische Hilfe natürlich noch mehr umfaßt.

Die Wahrnehmung staatlicher Funktionen durch ausländische Vermittlerstaaten erfolgt daher durch eine Mischung von positiver Versorgung (über den Vermittlerstaat) und negativen Drohungen und Sanktionen. Dieses ist nicht auf die unterentwickelten Länder begrenzt. Die Marshallplanhilfe war in vielfacher Hinsicht ähnlich angelegt, soweit sie Europa betraf. Was ich behaupten möchte – und damit komme ich wieder auf mein Argument am Ende des Unterabschnitts über geographische Expansion zurück – ist, daß der Neokolonialismus in seinen verschiedenen Ausprägungen für einen Inlandsstaat die mehr normale Form ist zur Sicherung der Erfüllung der staatlichen Funktionen zugunsten seines Kapitals in schwächeren ausländischen Gebieten, und daß die direkte Annexion eine Abweichung von dieser Norm ist. Eine Annexion mag folgen, wenn ein ausländischer Staat sich weigert, als Vermittler zu wirken, wenn es keinen ausländischen Staat gibt, der in der Lage ist, diese Funktionen zu übernehmen, oder wenn das expandierte Kapital an einem sozialen

<sup>28</sup> Siehe Anmerkung 19.

Konsens in dem Gebiet, in dem es tätig ist, nicht interessiert ist. Das Verhältnis von Kolonialismus zu Neokolonialismus hat noch zahlreiche andere Facetten, in gewissem Sinne jedoch kann man die koloniale Phase als eine notwendige Vorstufe für die Errichtung des Neokolonialismus in solchen Regionen betrachten.

III) Das expandierte Kapital kann diese Funktionen selbst wahrnehmen, entweder allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Kapitalien: Wir haben oben Beispiele dafür aus dem Bereich des Polizeiwesens und der Versorgung mit Vorleistungen angeführt<sup>24</sup>. Es erstreckt sich aber auch auf die Androhung negativer Sanktionen gegenüber ausländischen Staaten, die die in Frage stehenden Firmen diskriminieren oder verstaatlichen. Die internationalen Ölfirmen haben in mehreren Fällen eine oligopolistische Solidarität gegenüber Regierungen an den Tag gelegt, z. B. besonders gegen die Persiens nach der Verstaatlichung der Anglo-Iranian Oil Company<sup>25</sup>. Konzerne der Nichteisen-Metallindustrie haben ähnliche Drohungen wahrgemacht, zum Beispiel durch den Entzug von wichtigen Vorleistungen oder die Schließung von internationalen Märkten.

IV) Ausländische Staaten führen diese Funktionen unter Umständen schon aus eigenem Antrieb aus oder haben sich bereit erklärt, sie zu übernehmen: Die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder würden den Schutz der Eigentumsrechte, freien Handel, Lieferung von Vorleistungen und Interventionen für einen Konsens und wirtschaftspolitische Maßnahmen auch auf ausländische Investoren in ihrem Land ausdehnen. Die Hauptfunktion jedoch, die sie nur widerstrebend ausüben, ist die Parteilichkeit gegenüber anderen ausländischen Interessen und die Unparteilichkeit gegenüber dem eigenen Kapital. Von den Instrumenten, die

<sup>24</sup> Ein interessantes Beispiel von privater Polizei auf internationaler Ebene sind die Firmen, denen Unterwasserkabel gehören. Sie besitzen eigene Patrouillenboote, die vor allen Dingen in Fischereizonen unterwegs sind, um die Einhaltung eines internationalen Abkommens zur Verhinderung von Kabelbeschädigungen durchzusetzen, was anders nicht durchzusetzen wäre.

<sup>25</sup> Vgl. M. Tanzer, *The Political Economy of International Oil and the Underdeveloped Countries*. London 1970.

von einem Staat zur Förderung seines eigenen Inlandskapitals verwendet werden, erfassen viele natürlich auch das ausländische Kapital, das innerhalb der Staatsgrenzen investiert hat. Das gilt für Zoll- und Währungsbestimmungen, für Exportkredite, für Dienstleistungen der Handelsabteilungen der Botschaften des Landes im Ausland und so weiter. Tatsächlich ist es häufig eben diese Möglichkeit, sich die monopolistischen Diskriminierungen fremder Länder zunutze zu machen, die eine Firma veranlaßt, im Ausland zu investieren. US-Firmen investieren in Großbritannien, um ihre Exportmärkte im Sterling-Gebiet oder innerhalb der EFTA billiger beliefern zu können. Darüberhinaus gibt es Beispiele, wie das von ICI in Argentinien, daß Firmen von einer ausländischen Regierung eine für sie günstige Diskriminierung als Voraussetzung für eine Investition in diesem Land einhandeln. Kleinere Länder wie Irland gehen sogar noch weiter und bieten ausländischen Investoren monopolistische Vergünstigungen an, die diejenigen, die sie ihrem inländischen Kapital anbieten, übersteigen. Die einzige, ins Auge fallende Ausnahme im Gesamtbild der Diskriminierungen zugunsten der ausländischen Investoren zeigt sich bei den Käufen der öffentlichen Hand. Der Grund ist bei den Rüstungskäufen offensichtlich. Aber die Regierung des Vereinigten Königreiches, z. B., wendet dieses Prinzip eher allgemein an. Bei der Errichtung von Bohrstationen in der Nordsee bevorzugte sie offen britische Firmen, während auf dem Gebiet der Computer IBM behauptet, von 72 bei der Regierung verwendeten Computern nur 2 geliefert zu haben<sup>26</sup>. Doch selbst diese benachteiligende Diskriminierung ist *a priori* auf Länder beschränkt, die eigene Hersteller für die vom Staat gekauften Produkte haben, und das sind im Bereich der fortgeschrittenen Technologie nur wenige. Insgesamt kann man daher sagen, daß die Diskriminierung gegen ausländisches Kapital, das im Gastland investiert, bemerkenswert gering ist. Das expandierte Kapital kann sich darauf verlassen, daß die Regierung des Gastlandes die staatlichen Funktionen übernimmt, mit Sicherheit jedenfalls innerhalb der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Europas.

<sup>26</sup> L. Turner, *Politics and the Multinational Company*. Fabian Society 1969, S. 29.

V) Die letzte Gruppe der Ausführungsorgane von staatlichen Funktionen wird durch die vorhandenen staatlichen Körperschaften, die miteinander kooperieren, gebildet: Beispiele für eine solche Zusammenarbeit finden sich auf folgenden Gebieten:

- a) Eigentumsschutz (gegenseitig gewährte Investitionsgarantien, internationales Polizeiwesen, Auslieferungsverträge, Militärbündnisse);
- b) Durchsetzung des freien Handels und der Standardisierung zwischen den Ländern (Freihandelszonen, Zollunionen, gemeinsame Märkte; Standardisierung und Währungsunionen gewinnen dadurch größere Bedeutung);
- c) gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine Funktion, die bis zu einem gewissen Grad vom IMF, von der OECD und von den Zentralbanken erfüllt wird;
- d) Bereitstellung von Vorleistungen; wirtschaftliche Losgrößen, wie bei der technologischen Zusammenarbeit und der Energieversorgung, spielen hier eine Rolle, oder die Tatsache, daß der Dienstleistungssektor transnational ist, wie bei der Tan-Sam-Eisenbahn;
- e) die Ausbeutung internationaler Ressourcen, wie etwa im Fall der Nutzbarmachung von Flüssen oder der zahlreichen internationalen Vereinbarungen im Fischfang;
- f) Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen gegenüber anderen Wirtschaftsmächten. Beispiele dieser Form der Zusammenarbeit sind die OPEC und die Konferenzen der vier größten kupferproduzierenden Länder der unterentwickelten Welt. Auch Organisationen für multilaterale Hilfe können in diesem Licht gesehen werden.

Im Gegensatz zu den intranationalen staatlichen Funktionen, die, wie wir festgestellt haben, von den ausländischen Staaten erfüllt werden, sind diese kooperativen Vereinbarungen auf transnationale Funktionen ausgerichtet. Viele von ihnen jedoch haben ihre Aufgabe bei weitem nicht erfüllt. Das ist vor allem nicht im Bereich der technologischen Zusammenarbeit der Regierungen und bei der Regelung der Fischerei zu erkennen. Selbst dort, wo die Zusammenarbeit erfolgreicher war, ist dieser Erfolg zumeist nur vorübergehend: Die Fälle von Zusammenarbeit, an denen internationale externe Ökonomien beteiligt sind (Ökonomien, die extern für

das Land, aber intern für die kapitalistische Weltwirtschaft sind), vor allem auf dem Gebiet des freien Handels und der gemeinsamen Wirtschaftspolitik, werden vermutlich eine größere internationale Depression nicht überleben können. Im nächsten Abschnitt werden wir die Voraussetzungen für eine dauerhaftere Form der integrierten Zusammenarbeit, eine *de facto* internationale staatliche Körperschaft, untersuchen.

### *Formen sich ausdehnenden Kapitals*

Bis zu diesem Punkt haben wir argumentiert, daß ein nationales Kapital, das ins Ausland expandiert, die Erfüllung der grundlegenden öffentlichen Funktionen fordert, die wir in Teil I beschrieben haben, aber daß die Ausübung dieser Funktionen nicht notwendig durch die Inlandsregierung des Kapitals zu geschehen hat. Das heißt also, daß nicht unbedingt eine Verbindung zwischen dem expandierten Kapital und seiner Inlandsregierung im Expansionsgebiet besteht. Die Körperschaft oder Körperschaften, von denen diese Funktionen ausgeübt werden, können variieren – je nachdem, ob die Funktionen *innerhalb* von Gebieten mit bereits konstituierten kapitalistischen Staaten, *zwischen* Gebieten mit bereits konstituierten kapitalistischen Staaten oder *innerhalb* von Gebieten ohne bereits konstituierte kapitalistische Staaten wahrzunehmen sind. In jedem Fall könnte die Inlandsregierung diese Funktionen auch übernehmen. In jedem Fall aber gibt es Alternativen, und außerdem besteht die Möglichkeit – und zwar eine sehr reale, die wir bisher unterbewertet haben –, daß die Widersprüche des internationalen Systems so groß sind, daß sie die Wahrnehmung dieser Funktionen überhaupt verhindern. Das Ergebnis für jedes expandierende Kapital wird sowohl von der ökonomischen als auch von der politischen Macht seiner Inlandsregierung abhängen, das heißt, von deren Möglichkeit, ihrem eigenen Kapital auf das Territorium der Ausdehnung zu »folgen«, sowie auch von der speziellen Form dieser Ausdehnung. Diesen letzten Punkt, nämlich die Frage der Ausdehnungsform, möchte ich nun aufgreifen.

Sich ausdehnendes Kapital ist keineswegs homogen, auch wenn viele Abhandlungen über Auslandsinvestitionen und

ihre Begleiterscheinungen es so behandeln. Das Interesse des Kapitals an den verschiedenen Typen staatlicher Funktionen, die wahrzunehmen sind, und an den Körperschaften, die sie wahrnehmen, wird vielmehr je nach den folgenden Faktoren unterschiedlich sein:

I) *Das Ausmaß der Zentralisation der Produktion:* Es betrifft das Ausmaß, in dem ausländische Märkte mit Waren beliefert werden, deren Produktion und Vorleistungen in einem Land konzentriert sind. Auf der einen Seite stehen hier Firmen mit einer hohen Exportquote an den Auslandsverkäufen, auf der anderen solche, von denen die Auslandsmärkte aus der Produktion und mit Vorleistungen des betreffenden Marktes selbst beliefert werden. Die Stahlindustrie und Teile der Elektroindustrie würden mehr auf der ersten Seite stehen, Dienstleistungsindustrien mehr auf der zweiten. Eindeutig wird es den Firmen mit zentralisierter Produktion, mit einer hohen Handelsquote im Verhältnis zur dezentralisierten Produktion, vor allem auf die Schaffung und Erhaltung der Voraussetzungen für freien, internationalen Handelsverkehr ankommen. Zentralisation der Produktion mit einem hohen Anteil des Handels an den Auslandsverkäufen ist ein Charakteristikum der Anfangsphase der internationalen kapitalistischen Expansion und spiegelt sich wider in den häufigen internationalen Disputen über Zölle vor der Jahrhundertwende.

Die miteinander im Widerspruch stehenden Zwänge, die sich im Zusammenhang mit der internationalen Zentralisation der Produktion zeigen – kostengünstige Massenproduktion, die zur Zentralisation tendiert, auf der einen Seite, Transportkosten, Zollschraken, Erfordernisse der Ersatzteillieferung und der Marktversorgung, die zu einer Dezentralisation tendieren, auf der anderen – führen im allgemeinen zu einer *regionalen Zentralisation der Produktion*. Dies trifft vor allem auf langlebige Konsumgüter zu, aber auch auf andere Markenartikel (zum Beispiel Produkte von Colgate-Palmolive oder Mars). Südostasien kann von Australien oder Malaysia beliefert werden, Mittelamerika von Mexiko, die EFTA von Großbritannien und die EG von Holland. Solche Firmen sind gleichfalls besonders an einem regional freien Handel interessiert.

II) *Stadium der Firmenentwicklung im Ausland*: Viele Firmen haben nach einem System ins Ausland expandiert, das man als Tintenklecks-Strategie bezeichnen könnte. Sie expandieren von bereits existierenden Unternehmen aus sowohl territorial als auch strukturell. Bei den langlebigen Konsumgütern, zum Beispiel, kann man den Weg der Expansion verfolgen über den Export durch Auslandsvertreter, Export über Marketing-Organisationen der Firma, lokale Montage, lokale Gesamtproduktion zu regionaler Zentralisation der Produktion oder zu regionaler Arbeitsteilung bei der Produktion und in manchen Fällen bis zur Entwicklung einer internationalen Arbeitsteilung in der Produktion<sup>27</sup>. Diesen Weg der Expansion sind im Nachkriegseuropa mehrere US-Firmen in Europa gegangen, von denen einige jetzt das Stadium der Produktionszentralisation oder der regionalen Arbeitsteilung innerhalb der EG erreichen. Es ist aufschlußreich, daß sich gegen Ende 1968 über 800 regionale (Europa) Firmenzentralen in Brüssel befanden<sup>28</sup>. Das Stadium der Firmenentwicklung ist einer der Faktoren, die das Ausmaß der Produktionszentralisation oder, ebenso wichtig, das Ausmaß der *internationalen Arbeitsteilung in der Produktion* bestimmen.

III) *Formen des internationalen Transfers*: Bestimmten Firmen geht es vor allem um den internationalen Transfer von Informationen und Personal und weniger um den Gütertransfer. Das ist ein Charakteristikum vieler Dienstleistungsindustrien – eine dezentralisierte Produktion, versorgt von einem zentralisierten Informations- und Managementsystem. Werbung, Unternehmensberatung, Datenverarbeitung, Filmproduktion, Hotelgewerbe und Warenhäuser sind Beispiele dafür. Sie arbeiten entweder aufgrund eines Managementvertrages (wie viele der Hilton-Hotels) oder nehmen aufgrund ihres international bekannten Namens auf dem lokalen Markt Geld auf, um damit lokale Unternehmen zu finanzieren. Wie groß das Auslandsinteresse im Bereich von Managementverträgen, Lizenzen, Leasing und so weiter ist, kann man aus den Einnahmen der US-Firmen an Li-

<sup>27</sup> Vgl. Y. Aharoni, *The Foreign Investment Decision Process*. 1966.

<sup>28</sup> Vgl. Newton Parkes, *The Failure of the European Headquarters*. In: *Harvard Business Review*, März-April 1969.

zenz- und anderen Gebühren ersehen. 1968 beliefen sie sich auf insgesamt 1,28 Milliarden Dollar, darunter entfielen 0,54 Milliarden auf Patent-, Lizenz- und Mieteinnahmen und 0,64 Milliarden auf Management- und Dienstleistungseinnahmen. Die Gesamteinnahmen aus direkten US-Auslandsinvestitionen hatten im selben Jahr eine Höhe von 7,0 Milliarden Dollar. Ein wichtiges Merkmal dieser Art internationaler Unternehmen ist, daß der Transfer von Menschen und Informationen im allgemeinen nicht denselben Restriktionen unterliegt wie der Transfer von Gütern; die Unternehmen unterliegen jedoch den Restriktionen für den Kapitaltransfer. Wie dem auch sei, solche Firmen sind, wie man annehmen kann, im allgemeinen von Restriktionen im internationalen Handel weniger betroffen als Firmen, die vom internationalen Gütertransfer abhängig sind.

IV) *Grad der Abhängigkeit von der Parteilichkeit des Staates:* Einige Firmen sind aufgrund des Charakters ihrer Unternehmen stärker von einer bevorzugten Unterstützung ihres Inlandsstaates abhängig. Das trifft auf die Zulieferindustrie, auf Exporteure nach und Investoren in unterentwickelten Ländern und auf Firmen zu, die ihre Produkte hauptsächlich auf dem inländischen Markt absetzen, ihre Vorleistungen aber im Ausland produzieren oder kaufen. Diesen Firmen kommt es darauf an, daß die Stärke ihres Inlandsstaates auf den internationalen Märkten erhalten bleibt.

V) *Die Stärke der Auslandskonkurrenz:* Wenn es den Inlandsstaaten nicht möglich ist, Firmen, die auf dem Inlands- oder Auslandsmarkt in hohem Maße von ihnen abhängig sind, bevorzugt Schutz und Unterstützung zu bieten, neigen diese Firmen dazu, entweder in einen stärkeren Staat zu gehen oder den eigenen Staat zur Zusammenarbeit mit anderen Staaten aufzufordern. Für den zuerst erwähnten Schritt gibt es nur wenige Beispiele – Mars wechselte die Nationalität hauptsächlich wegen der Rationalisierung seiner internationalen Unternehmen durch den Gründer. Was jedoch den zweiten betrifft, so bevorzugen europäische Firmen offensichtlich die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Regierungen, weil sie den Schutz durch ihre eigenen Regierungen für unzureichend halten.

Nunmehr sind wir in der Lage, eine wichtige Unterscheidung zu machen. Es gibt nämlich einige Firmen, deren Hauptanliegen hinsichtlich ihres expandierten Kapitals die *intranationale* Ausübung der staatlichen Funktionen ist. Das gegenwärtige System der Nationalstaaten kann für ein System, sagen wir, dezentralisierter Produktion durchaus weitgehend adäquat sein. Für einige Firmen hat das gegenwärtige System sogar eindeutige Vorteile. Wir haben bereits festgestellt, daß einige Kapitalien ins Ausland expandiert haben, eben, um die Diskriminierungsregeln anderer Länder auszunutzen. Wir können hinzufügen, daß Firmen, die finanziell international zentralisiert sind, rivalisierende Staaten sogar gegeneinander ausspielen können, indem sie sich dort niederlassen, wo der Anreiz für die Produktion oder die Rentabilität am größten ist. Da davon auszugehen ist, daß die Ausübung staatlicher Funktionen bezahlt werden muß, können solche Firmen die Kosten (Steuern) für die Dienstleistungen, die sie erhalten, minimieren. Das System der Steuerparadiese hat ein Phänomen hervorgebracht, welches man beinahe als flaggenlose Kapitalien bezeichnen könnte – Firmen, die in Curaçao, Malta oder Luxemburg registriert und international tätig sind, unter dem Schutz von staatlichen Dienstleistungen, die von Konkurrenzkapitalien finanziert werden. Daher bedeutet selbst weitgehende territoriale Deckungsungleichheit zwischen dem Inlandsstaat und seinen expandierten Kapitalien durchaus nicht, daß das System der atomistischen Nationalstaaten überholt wäre. Das Argument der Herausgeber von *Monthly Review*, multinationale Konzerne und Staaten ständen grundsätzlich und unwiderruflich im Gegensatz zueinander, ist daher nicht zwingend<sup>29</sup>.

Im Gegenteil, es gibt andere Firmen, die nicht nur an einer intranationalen Wahrnehmung staatlicher Funktionen für ihr expandiertes Kapital Interesse haben, sondern auch an einer *internationalen*. Das trifft auf folgende Kapitaltypen zu:

- a) Auf jene, die hauptsächlich ausländische Märkte über den Außenhandel versorgen;
- b) auf jene, deren Produktion regional zentralisiert ist;
- c) auf jene, deren Produktion auf einer internationalen oder regionalen Arbeitsteilung beruht;

<sup>29</sup> *Monthly Review*, November 1969, S. 12.

- d) auf jene, die sich eher mit dem internationalen Austausch von Gütern als mit dem von Informationen oder Arbeitskräften befassen;
- e) auf jene, die angesichts von Auslandskonkurrenz von ihrer Inlandsregierung unzureichend unterstützt werden.

Noch einmal, die Tatsache, daß ein Interesse an der internationalen Erfüllung der staatlichen Funktionen besteht, bedeutet nicht, daß das System der Nationalstaaten sie nicht leisten kann.

### *Der politische Rahmen*

Sie können von einem dominierenden Staat erfüllt werden. Sie können auch von mehreren Staaten in Zusammenarbeit erfüllt werden. Oder die Interessen im gegenwärtigen auf Staaten basierenden System, das heißt, die nationalen Bourgeoisien und jene internationalen Firmen, die wir in den vorhergehenden Abschnitten diskutiert haben, mögen mächtig genug sein, um eine Desintegration des Systems zu verursachen. Schließlich können auch jene Firmen, die sich in der Defensive befinden und auf eine internationale Koordination hinwirken, ihre Identität aufgeben und mit dem Kapital des dominierenden Landes fusionieren oder sich von ihm übernehmen lassen. Diese Haltung von Unterwerfung ist für führende Firmen in den südeuropäischen Ländern typisch. Angesichts der ausländischen Konkurrenz wollen sie, wenn es um die Frage ihrer Identität geht, lieber zweiter in Rom als erster in einem Dorf sein. Ein interessantes Beispiel dafür ist die Einstellung des griechischen Kapitals zu der vorgeschlagenen Assoziation seines Landes mit der EG.

Gleichzeitig haben wir festgestellt, wie schwierig eine Zusammenarbeit der Regierungen bei bestimmten zentralen staatlichen Funktionen ist, und wie anfällig eine solche Zusammenarbeit in Depressionszeiten ist. Ob das Interesse des Kapitals an einer konsolidierten Staatsmacht zur Ausübung internationaler staatlicher Funktionen stärker ist als das an der Erhaltung existierender Staatsformen ist eine Frage, die nur beantwortet werden kann, wenn man ihre jeweilige Position zu einem bestimmten historischen kritischen Zeitpunkt untersucht.

Ist das Kapital dominierend, so ist der eigene Staat vielleicht

nicht in der Lage, eine internationale Koordination, entweder direkt oder indirekt, durchzusetzen. Ist das Kapital bedroht, kann es sich trotzdem stark genug fühlen, innerhalb eines größeren koordinierten Territoriums Widerstand zu leisten. Schließlich haben wir oben festgestellt, wie schwierig es ist, eine solche Koordination durch gemeinsame Zusammenarbeit mehrerer Nationalstaaten zu erreichen. Obwohl bestimmte Formen der Zusammenarbeit ein Stadium darstellen können, in dem die Kräfte, die für eine vereinigte international koordinierte Macht sind, gestärkt werden.

Betrachten wir zum Beispiel die wirtschaftlichen Ursprünge des Zweiten Reiches, so stellen wir fest, daß die Gründung der Zollunion durch Preußen im Jahre 1818 und ihre spätere Entwicklung zum Zollverein im Jahre 1834 aus der Notwendigkeit, sich durch Zollabgaben Einnahmen zu verschaffen sowie wegen gewisser administrativer Vorteile erwachsen zu sein scheint, und nicht aus der Reaktion auf ein expandierendes Kapital, das nach einem ausgedehnteren, durch Diskriminierungsmaßnahmen geschützten Raum strebte. So lag der Zolltarif für Transitgüter im Jahre 1818 viel höher als der relativ niedrige Importzoll. Die Liberalisierung innerhalb dieses Raumes jedoch förderte die Industrialisierung, unterstützte die Entwicklung im Transportwesen (die preußischen Großgrundbesitzer, die gegen die Eisenbahn opponiert hatten, akzeptierten sie in den vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts) und etablierte, so Kemp, ein Interesse an der weiteren Konsolidierung dieser vorläufigen Einheit<sup>30</sup>. Die Schutzzölle wurden erhöht, vor allem die auf britisches Roheisen und Baumwollgarn, Maße und Gewichte, Handels- und Zivilrecht wurden standardisiert und Schürfrechte wurden im Interesse kapitalistischer Produktion geändert. Gegen Ende des preußisch-französischen Krieges kümmerte es, um wieder Kemp zu zitieren, »die geschäftstreibende Mittelklasse nicht so sehr, wie oder unter wessen Schirmherrschaft diese Vereinheitlichung erreicht wurde, solange sie sich nur auf eine stabile und ordentliche Regierung zu Hause und eine Unterstützung ihrer Unternehmen im Ausland verlassen konnte«<sup>31</sup>. Die

<sup>30</sup> T. Kemp, a.a.O., S. 96.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 103.

durch Zusammenarbeit herbeigeführte internationale Liberalisierung führte zu einer Internationalisierung des Kapitals, was dann eine vereinheitlichte Koordination der staatlichen Mächte auf dem ausgedehnten Territorium erforderte<sup>32</sup>.

Was ich in diesem Abschnitt darlegen wollte, ist der Rahmen für eine Analyse der Folgen, die sich für die politische Organisation aus einer territorialen Expansion von Kapital ergeben. Ich habe das Kapital absichtlich als politisch opportunistisch gezeichnet. Deutschland war ein Beispiel dafür, man könnte aber ebensogut die Unterstützung nehmen, die ausländische Firmen Freiheitsbewegungen in Afrika angeheißen lassen. Ich habe versucht, die Alternativformen staatlicher Organisation zu skizzieren, die sich einem solchen opportunistischen Kapital anbieten, sowie die Unterschiede innerhalb des Gesamtkomplexes des expandierenden Kapitals, die, wie man annehmen kann, zu divergierenden Interessen führen können. Der Stärke und den Interessen der Staaten, die man als gestrandete Nationalstaaten in einer Phase der Internationalisierung bezeichnen könnte, habe ich nicht viel Aufmerksamkeit gewidmet. Dies ist sicherlich von Bedeutung für jede Diskussion über die fortgesetzte, kritische Rivalität zwischen den Nationalstaaten in einer Ära expandierenden Kapitals. Der nächste Abschnitt wird sich daher diesem Problem zuwenden, im Zusammenhang mit einigen Vermutungen über die gegenwärtige internationale Wirtschaft im Licht der vorangegangenen Darlegungen.

### **3. Kapital und Staat in der gegenwärtigen Weltwirtschaft**

1. *Internationalisierung*: Ein Charakteristikum der Periode nach 1950 ist die starke Zunahme der Internationalisierung kapitalistischer Ökonomien, im Bereich von Handel, Investitionen und Finanzkapital. Die direkten US-Auslandsinvestitionen sind auf mehr als das Fünffache der Gesamtsumme von 1950 gestiegen, der internationale Handel hat in einem

<sup>32</sup> Vgl. Dick Parker, *Capitalise Growth and the Formation of the German State*. 2. Socialist Economists Conference, Cambridge 1970; und auch F. Engels, *The Role of Force in History*. (Herausgegeben mit einer Einführung von Ernst Wangermann), London 1968.

außerordentlich raschen Tempo zugenommen, und in jüngerer Zeit ist die Entwicklung des internationalen Anleihemarkts zu beobachten. In den fünf Jahren nach 1963 ist der internationale Anleihemarkt um 900% gewachsen, Ende 1968 befanden sich Obligationen im Werte von 11,4 Milliarden Dollar auf dem internationalen Kapitalmarkt, davon 75% (8,6 Milliarden Dollar) als Eurobonds, während man schätzt, daß sich an kurzfristigen Geldern augenblicklich um die 35 Milliarden Eurodollar gegenüber 5 Milliarden im Jahre 1963 auf dem Markt befinden.

Dieser Prozeß hat zu einer zunehmenden Bedeutung ausländischer ökonomischer Territorien für Absatz, Profite und Finanzierung der großen kapitalistischen Firmen geführt. Von den 100 größten US-Firmen der *Fortune*-Liste von 1967 besaßen 62 Produktionsanlagen in sechs oder mehr Staaten. Die die europäischen Firmen betreffenden Zahlen sind nur unwesentlich kleiner. 81 international tätige US-Firmen erzielten 1965 mehr als 25% des Absatzes oder der Erlöse in Auslandsunternehmen. Bei 11 Firmen waren es mehr als 50% und bei der Firma »International Packers« sogar 96%<sup>33</sup>. US-Firmen finanzierten in den letzten Jahren über 40% ihrer ausländischen Aktivitäten aus im Ausland erzielten Erlösen, 35% aus externen Quellen im Ausland und 25% aus Kapitaltransfers aus den USA. Diese letzte Finanzierungsart wurde durch Maßnahmen der US-Regierung im Jahre 1968 drastisch reduziert und weitgehend durch Anleihen auf dem Eurodollarmarkt ersetzt. Die Restriktionen auf dem US-Geld- und Kapitalmarkt verursachten einen beträchtlichen Zustrom von Eurodollars in die USA, in Form von Transfers der Zweigstellen von US-Banken im Ausland an ihre Zentralen, mit ihrer sonderbaren Form von internationaler Verbindlichkeit.

Bei diesen Entwicklungen, die zum größten Teil auf den Märkten entwickelter kapitalistischer Länder des Auslands – gekennzeichnet durch die extensive Ausübung intranationaler staatlicher Funktionen – konzentriert sind, ist der springende Punkt, daß die territoriale Deckungsungleichheit zwi-

<sup>33</sup> Vgl. Bruck und Lees, *Foreign Investment, Capital Controls and the Balance of Payments*. New York 1968, S. 83–85; zitiert in S. E. Rolfe, *The International Corporation in Perspective*. Atlantic Council 1969.

schen dem expandierenden Kapital und dem Inlandsstaat zunimmt.

2. *Die Forderung nach internationalen staatlichen Funktionen:* Wie schon im zweiten Abschnitt erwähnt, sollten wir zwischen expandierten Kapitalien, die hauptsächlich an der Wahrnehmung intranationaler staatlicher Funktionen interessiert sind, und solchen, die lediglich über die Grenze hinweg tätig sind, unterscheiden. Firmen in der zweiten Kategorie, die entweder aufgrund der Art ihrer Geschäfte oder aufgrund des Stadiums der Entwicklung im Ausland hauptsächlich als Handelskonzerne expandiert haben, dominieren die internationalen Expansionen Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Japans, obwohl jetzt viele von ihnen zum nächsten Stadium der lokalen Montage oder auch der lokalen Produktion übergehen. Solche Firmen, die mehr mit Export als mit Auslandsproduktion befaßt sind, hatten, wie schon gesagt, ein starkes Interesse an der internationalen Liberalisierung, während sie dennoch fest an ihren Inlandsstaat gebunden blieben. Für die europäischen Länder haben wir jedoch festgestellt, daß die Inlandsstaaten immer weniger in der Lage waren, den notwendigen Schutz auf dem Inlands- wie auf dem Auslandsmarkt zu bieten, den das dominierende europäische Kapital forderte. Die daraus resultierende veränderte Einstellung gegenüber der Ausübung ökonomischer staatlicher Funktionen außerhalb des Nationalstaates ist am deutlichsten in bestimmten fortgeschrittenen Sektoren der französischen Industrie zu erkennen<sup>34</sup>. Daher finden wir »bedrohte« Kapitalien, die ins Ausland expandieren, während sie gleichzeitig von ihrem Inlandsstaat unzureichend unterstützt werden. Beide Faktoren verstärken das Interesse an der internationalen Ausübung von staatlichen Funktionen.

Die zweite Gruppe von Firmen, denen hauptsächlich an einer koordinierten Ausübung von internationalen staatlichen Funktionen gelegen ist, sind diejenigen, die eine internationale Arbeitsteilung in der Produktion entwickelt haben, entweder regional wie beim gemeinsamen Markt, der EFTA, dem Sterling-Gebiet oder Nordamerika, oder international.

<sup>34</sup> Eine interessante Abhandlung über die Auswirkungen der Öffnung der französischen Ökonomie stammt von B. Balassa, *Whither French Planning*, in: *Quarterly Journal of Economics*, November 1965.

Die internationale Arbeitsteilung ist für diejenigen internationalen Firmen, die sich mit der Gewinnung von Rohstoffen befassen, natürlich schon seit einigen Jahren typisch, vor allem für die angelsächsischen Firmen. Trotzdem ist eine Anzahl von ihnen damit beschäftigt, integriertere internationale Produktionsprozesse einzuführen. Ein ausgezeichnetes Beispiel für diesen recht allgemeinen Trend ist die Expansion der Firma Pechiney-Ugine in Afrika seit Mitte der fünfziger Jahre. Im verarbeitenden Sektor ist besonders IBM stark integriert. IBM produziert in neun Hauptniederlassungen außerhalb der USA. Ford, Chrysler und General Motors haben sämtlich integrierte Produktionsanlagen in Westeuropa. Das gleiche gilt auch für eine Anzahl von Sektoren in weniger entwickelten Ländern, in denen besonders Hersteller von Konsumgütern zahlreiche Fabriken errichteten. Schließlich deuten die vorläufigen Ergebnisse des Forschungsprojektes der Harvard Business School an, daß solche Phasen in der Entwicklung einer internationalen Arbeitsteilung nicht ungewöhnlich sind<sup>35</sup>.

Die Entwicklung einer weitgehenden, internationalen Integration der Produktion innerhalb einer Firma befindet sich noch in ihrem Frühstadium; sie zeichnet sich jedoch als ein klar erkennbarer Trend ab. In einer Studie über die Handelsbeziehungen von US-Firmen mit ihren Tochtergesellschaften im Ausland wurde festgestellt, daß 51,8% des Exports der untersuchten Firmen über ausländische Filialen liefen<sup>36</sup>.

Selbst diejenigen expandierenden Kapitalien, die nicht in die beiden bereits besprochenen Kategorien fallen, haben ein Interesse an der Ausübung von internationalen staatlichen Funktionen, jedenfalls insofern, als die Ökonomie, in der sie tätig sind, von den Veränderungen der Weltwirtschaft betroffen wird. Die Tatsache, daß die nationale gegenseitige Abhängigkeit ebenfalls erheblich zugenommen hat, ist daher bei jeder Einschätzung der Interessen expandierender Kapitalien von großer Wichtigkeit.

<sup>35</sup> R. Vernon, *International Investment and International Trade in the Product Cycle*. In: *Quarterly Journal of Economics*, Mai 1966; vgl. auch S. Hirsch, *Location of Industry and International Competitiveness*. Oxford 1967.

<sup>36</sup> Marie T. Bradshaw, *US Exports to Foreign Affiliates of US Firms*. In: *Survey of Current Business*, Mai 1969.

### 3. Gegenseitige ökonomische Abhängigkeit der Staaten:

Ein anderer Aspekt der Internationalisierung des Kapitals ist die abnehmende Unabhängigkeit nationaler Ökonomien und ihre Anfälligkeit für Veränderungen der externen ökonomischen Bedingungen. Das trifft natürlich schon für eine längere Periode zu, wie die Weltwirtschaftskrise deutlich gemacht hat, aber die Zunahme von Handel, Investitionen und Kapitaltransfers hat diesen Trend verstärkt. Der Gemeinsame Markt, zum Beispiel, hat die betroffenen Ökonomien sowohl offener als auch anfälliger werden lassen. Die Bundesrepublik Deutschland pendelte von einem Zahlungsbilanzüberschuß im Jahre 1964 zu einem großen Defizit im Jahre 1965; Italien, das 1964 ein Defizit gehabt hatte, pendelte im Jahre 1965 zu einem großen Überschuß. Diese Schwankungen reflektieren sowohl die Lockerung der Restriktionen für Kapitalbewegungen als auch die Zunahme des Handels. Auch Frankreich wurde in entscheidendem Maße geöffnet. Es exportierte 1953 in einer Größenordnung von 9% des Bruttosozialprodukts und importierte in Höhe von 12,7%. Bis zum Jahre 1963 waren diese Zahlen auf 17,5% und 19,2% gestiegen und hatten die französische Außenwirtschaftspolitik bereits grundlegend beeinflusst<sup>37</sup>.

Auf dem Kapitalmarkt ist durch den Eurodollar ein Markt entstanden, auf dem sich so etwas wie ein internationaler Zinssatz gebildet hat. Eurodollars werden wie Dollars gehandelt, was das Risiko bei der Umrechnung verringert. Ihre Transferkosten liegen nicht höher als  $\frac{1}{8}$  Prozent.

4. *Abnehmende Macht der einzelnen Staaten:* Die ökonomische Internationalisierung hat zur Öffnung der Ökonomien geführt und die Instabilität erhöht. Gleichzeitig hat dieser Prozeß die Nationalstaaten in ihrer Fähigkeit, diese Instabilität unter Kontrolle zu behalten, geschwächt. Im Fall des Eurodollars ist die nationale Währungspolitik in Europa zweifellos geschwächt worden. Erstens stellt der Markt eine Kreditquelle dar, die außerhalb der Kontrolle der staatlichen Behörden liegt. Zweitens spielt der Eurodollar die Rolle des Vermittlers von Veränderungen der Zinssatzstrukturen im Ausland auf inländische Geldmärkte. Drittens hat er zweifellos die internationale Spekulation mit all ihren Auswir-

<sup>37</sup> Vgl. B. Balassa, a.a.O., S. 540.

kungen auf die nationale Währungs- und Finanzpolitik der Staaten erleichtert.

Außer den zersetzenden Wirkungen auf den internationalen Geldmarkt haben internationale Firmen eine Flexibilität und Arbeitsweise, welche die traditionellen Instrumente inländischer Wirtschaftspolitik noch mehr abstumpfen. Das hat sich bei Auslandsinvestitionen in unterentwickelten Ländern schon vor langer Zeit herausgestellt. In vielen Fällen, wie zum Beispiel bei den Kupferinvestitionen der Charter Consolidated in Mauretanien, sind die Keynesianischen Instrumente, Steuerpolitik, Wechselkurse usw., durch langfristige Verträge festgelegt. Für entwickelte Ökonomien gibt es bisher nur wenige eindeutige Hinweise. Was wir wissen, stammt aus Diskussionen mit einzelnen Firmen, und daraus ergeben sich die folgenden Punkte:

a) Firmen, die mit einer internationalen Arbeitsteilung arbeiten, werden gemeinhin den Umfang der im Land produzierten Güter und Erträge nach einer Änderung des Wechselkurses nicht verändern, da die Produktion von einem internationalen Markt mit festen anteiligen Vorleistungen abhängt. Die Preisveränderung bei einer Vorleistung wird die allgemeine Nachfrage wahrscheinlich kaum wesentlich beeinflussen. Das trifft z. B. mit Sicherheit auf IBM nach der Abwertung des Pfund Sterling zu.

b) Die finanzielle Flexibilität internationaler Firmen erlaubt es ihnen, sowohl Devisenkontrollen als auch die Auswirkungen von Wechselkursveränderungen auf das Anlagekapital bis zu einem gewissen Grad zu umgehen. Ein Mechanismus für die Bewegungen von Kapital ist inzwischen wohl bekannt – internationale Transferpreise für die Verrechnung innerhalb der Firma. Das Ausmaß, in dem dieser Mechanismus angewendet wird, variiert. Mit Sicherheit geschieht dies extensiv in der pharmazeutischen Industrie (wie der Fall Eli Lilly zeigte), in der Ölindustrie, bei Herstellern langlebiger Konsumgüter, im Bankenbereich usw. Ebenso wichtig sind jedoch auch andere Möglichkeiten zum Transfer von Kapital, firmeninterne Anleihen, Vorauszahlungen und Stundungen von Zahlungen und Zahlungen von Gebühren und Abgaben an die Konzernzentrale. Die Firmen haben die Wahl, in welchem Land sie am günstigsten Kapital aufnehmen können. Philips macht es sich beispielsweise zur Gewohnheit, Anlei-

hen in Ländern mit schwacher Währung aufzunehmen, wodurch die jeweiligen Währungen indirekt noch weiter geschwächt werden. Da die meisten Wechselkursänderungen der entwickelten, kapitalistischen Ökonomien sich im voraus abzeichnen, kommen umfangreiche Vorsorgemaßnahmen der Unternehmen ganz und gar nicht überraschend. Nichtsdestoweniger trägt dies wesentlich zur Instabilität der internationalen Wechselkurse bei.

c) Finanzielle Unabhängigkeit. Der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten (deren Hauptteilnehmer, den vorhandenen Informationen zufolge, internationale Firmen sind) und zu den eigenen Kapitalquellen, sowohl innerhalb eines Unternehmens als auch international, mindert die Auswirkungen nationaler Währungspolitik noch weiter. Brash stellte in Australien fest, daß US-Gesellschaften 60% ihrer Profite reinvestierten und einen großen Teil des Restes aus firmeninternen Anleihen finanzierten. Die Organisation der internationalen Finanzen ist oft der zentralisierteste Bereich aller internationalen Aktivitäten des Konzerns<sup>38</sup>.

Der Prozeß der Internationalisierung ist daher mit der Tendenz verbunden, die wirtschaftliche Instabilität in der Weltwirtschaft zu steigern, während er gleichzeitig die Fähigkeit der nationalen Regierungen zur Kontrolle der Volkswirtschaften selbst innerhalb der eigenen Grenzen schwächt<sup>39</sup>.

5. *Staaten und die Zahlungsbilanz*: Wenn den nationalen kapitalistischen Regierungen in zunehmendem Maße die Instrumente zur Kontrolle des internationalen Kapitals fehlen, so hat ihre Politik nichtsdestoweniger einen wichtigen Effekt – sie schwächt nämlich das eigene nationale Kapital noch weiter. Wir sehen hier einen wesentlichen Widerspruch in jeder Phase der Internationalisierung. Auf der einen Seite verlangen sowohl die zerstörerischen Wirkungen der Übernahme durch ausländische Firmen als auch die interne Umorganisation der inländischen Industrie sowie die Sozial- und Wirtschaftspolitik (bestimmt durch Zahlungsbilanzprobleme, die sich im Prozeß der Übernahmen zeigen, zum Beispiel in

<sup>38</sup> D. Brash, *American Investment in Australian Industry*. Canberra 1966, S. 91–92.

<sup>39</sup> Für eine detaillierte Behandlung dieses Punktes im Zusammenhang mit Großbritannien siehe R. Murray, *The Internationalisation of Capital and the British Economy*, in: *The Spokesman*, April 1971.

Großbritannien, Frankreich und Irland) eine durchgreifendere Politik zugunsten des nationalen Kapitals und eine verstärkte Wahrung seiner Interessen. Auf der anderen Seite fällt die Politik zur Beseitigung von Zahlungsdefiziten häufig so aus, daß sie das nationale Kapital noch weiter schwächt und die Überlegenheit des ausländischen Kapitals innerhalb der nationalen Ökonomie noch steigert.

Das deutlichste Beispiel dafür ist Irland, wo die Abhängigkeit des Landes von ausländischem Kapital durch die staatliche Planung bestätigt wird, indem Kapitalzuflüsse bei der Planung als Residualgröße behandelt werden. Die Zahlungsbilanz-Entwicklung wird auf der Basis einer Soll-Zuwachsrate geplant, und Defizite in dieser Bilanz sollen durch den Zufluß von ausländischem Kapital ausgeglichen werden, während inländisches Kapital gleichzeitig durch deflationäre Maßnahmen Restriktionen unterworfen ist. Eine ähnliche Einschränkung der inländischen wirtschaftlichen Aktivität bei gleichzeitiger Anregung von Auslandsinvestitionen zum Zweck des Zahlungsbilanzausgleichs ist ein Charakteristikum der britischen und bis zu einem gewissen Grad auch der französischen Politik.

#### 4. **Schlußfolgerung**

Ich habe versucht, einen Rahmen zu skizzieren, der einen umfassenderen Zugang zur Analyse der Auswirkungen der Internationalisierung des Kapitals auf die existierenden politischen Organisationen erlaubt. Dabei habe ich zu zeigen versucht, wie wichtig eine Analyse der *Interessen* verschiedener expandierter Kapitalien an einer Ausübung der staatlichen wirtschaftlichen Funktionen sowie des Machtspielraumes der Staaten zur Unterstützung der inländischen Kapitale ist. Ich habe gezeigt, daß es nicht unbedingt eine Verbindung zwischen dem Kapital und seinem Inlandsstaat in der Region der Expansion geben muß, daß das Kapital eher politisch opportunistisch ist, und daß existierende Staaten häufig als Folge der Internationalisierung eine Schwächung ihrer Machtstellung hinnehmen müssen. So mögen Staaten einerseits strukturell in ökonomischer Rivalität verharren, während andererseits ihre Macht im Hinblick auf das Kapital,

das sie repräsentieren, und auf ihre Fähigkeit, wirtschaftliche Funktionen zu erfüllen, variiert. Wo diese Macht zunimmt, muß kein Widerspruch zwischen einem Nationalstaat und seinem expandierten Kapital bestehen. Schwächere Staaten werden in einer Phase der Internationalisierung die Interessen weder ihres eigenen, bedrängten Kapitals noch der ausländischen Investoren befriedigen können.

Für eine Analyse des Imperialismus scheint mir die Untersuchung der Verbindungen nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch zwischen den Staaten und ihren Kapitalien von vorrangiger Bedeutung zu sein. Erst dann werden wir in der Lage sein, eine genauere Darstellung dessen zu geben, was man als territoriale Dialektik des Kapitalismus bezeichnen könnte.